Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 23 (1996)
Heft: 6

Artikel: Neue Geleise für die Sozialpolitik
Autor: Schwarz, Gerhard
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-910682

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

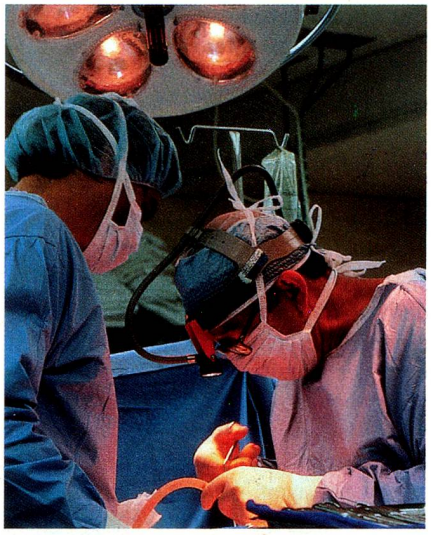
Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

kunft des Sozialstaates

Die Arbeitslosenversicherung ist seit mehreren Jahren defizitär, die AHV wird es bald sein, und das Gesundheitswesen krankt ebenfalls. Wie steht es um die Zukunft des Sozialstaates Schweiz? Müssen wir ihn ausbauen oder umbauen? Es besteht Handlungsbedarf, aber in welche Richtung die Entwicklung verlaufen soll, ist umstritten. Wir möchten dieses kontroverse Thema auch kontrovers abhandeln: in Form zweier entgegengesetzter Konzepte und eines Interviews mit der Sozialministerin.



Wieviel Spitzenmedizin können und wollen wir uns leisten? Die stark steigenden Kosten im Gesundheitswesen verlangen dringend nach Antworten. (Foto: Incolor)

Neue Geleise für die Sozialpolitik

Jedes Jahr sterben auf der Erde zwischen 13 und 18 Millionen Menschen an den Folgen ihrer Armut, und die Zahl der Arbeitslosen wird zurzeit auf 120 Millionen geschätzt. Das sind nur zwei Schlaglichter aus dem

*Gerhard Schwarz**

Panoptikum menschlichen Elends. Der diesjährige Sozialgipfel der Vereinten Nationen hat uns in Erinnerung gerufen, dass die soziale Frage mehr denn je eine Herausforderung darstellt, die dringend nach Antworten verlangt. Gleichzeitig hat die Veranstaltung jedoch kaum über die abgegriffenen Therapien von gestern hinausgefunden. Man muss dies bedauern.

Mit dem Festhalten an alten Rezepten verstellen wir uns den Blick für den Weg zurück aus der sozialpolitischen Sackgasse, in der sich die westlichen Wohlfahrtsstaaten – und mit ihnen die Schweiz – befinden. Versucht man nüchtern zu analysieren, wo die Sozialpolitik fundamental in die Irre gegangen ist, weshalb mit anderen Worten viele Rezepte von einst ihrer Zielsetzung nicht gerecht werden oder sogar sozialen Schaden anrichten, so stösst man auf mindestens vier Bereiche. Sie böten bei vorurteilsloser Betrachtung zugleich durchaus Möglichkeiten für einen politischen Brückenschlag, einen neuen Sozialvertrag.

Zurück zum Bedürftigkeitsprinzip

Ein erster Grundirrtum besteht in der Abkehr vom Bedürftigkeitsprinzip. Man spricht von Sozialpolitik und meint Umverteilung im grossen Stil. Nicht die Bekämpfung der Armut ist das Ziel, sondern eine gleichmässigere Einkommensverteilung, was – unzulässigerweise – mit Gerechtigkeit gleichgesetzt wird.

Profiteure dieses Systems sind zahlreiche Menschen, die auf die Umverteilung in keiner Weise angewiesen wären, sie aber gern akzeptieren. Das macht es so schwierig, vom Status quo wegzukommen. Und es geht auf Kosten der wirklich Bedürftigen. Dies gilt nicht nur hier und heute, sondern erst recht mit Blick auf morgen, weil man auf diese Weise die begrenzte Bereitschaft zur Finanzierung von Transferzahlungen über Gebühr strapaziert. Hier wird nicht Sozialkitt für eine auseinanderbrechende Gesellschaft geschaffen, sondern im Gegenteil ein Keil zwischen Zahler und Empfänger getrieben.

Ein zweiter Grundirrtum, der mit der Vermischung von Armut und Ungleichheit zu tun hat, besteht darin, Wirtschaft und Soziales als Gegensatz zu betrachten, der durch einen sozialen Reparaturbetrieb überwunden werden müsse. Zwar ist es richtig, dass Ungleichheit der Einkommensverteilung wesensnotwendig zur Marktwirtschaft gehört. Aber in eben dieser Ungleichheit, in der Möglichkeit, mit vom Markt begehrten Gütern und Dienstleistungen ein hohes Einkommen zu erzielen, und in der Durchlässigkeit für Auf- und Absteiger liegt die hohe Effizienz der Wettbewerbswirtschaft begründet.

Je leistungsgerechter die Marktwirtschaft gestaltet ist, desto grösser wird das Sozialprodukt, desto mehr Wohlstand wird für all jene geschaffen, die leistungsfähig und leistungswillig sind. Und desto mehr kann man es sich leisten, all jene zu unterstützen, denen die

(Fortsetzung Seite 6)

* Gerhard Schwarz ist Leiter der Wirtschaftsredaktion der «Neuen Zürcher Zeitung».

stem der Schweiz und der industrialisierten Länder sind machbar. Als Beweis dafür können die enormen Vermögenswerte angeführt werden, die Unternehmen und Banken anhäufen, sowie Privatvermögen, die vielfach so riesig sind, dass sie unmöglich das Ergebnis der Arbeit einer Einzelperson oder deren Familie sein können. Wie hoch ist etwa der Anteil von Bill Gates' effektiver Arbeit an seinem Vermögen? Und woher kommt der Rest, wenn nicht von den Aktivitäten anderer Personen?

Der heutigen Welt mangelt es nicht an Reichtum, nur bei der Verteilung hapert es. Leider wird die Diskussion in der Schweiz nicht auf dieser Ebene geführt; die Behörden vertreten hier vielmehr die Ansicht, dass bei der Sozialversicherung die Kostenneutralität gewahrt werden müsse – was letztlich auf ein «soziales Moratorium» hinausläuft. Dabei lassen die wenigen verfügbaren statistischen Daten nicht den Schluss zu, unser Land leiste sich zuviel im Sozialbereich.

Am Schluss des Feldes

Ein internationaler Vergleich der Aufwendungen für die Sozialversicherung auf Basis des Systems «Eurostat» verweist eher auf das Gegenteil: Abgesehen von der AHV/IV und inzwischen vielleicht auch der Arbeitslosenversicherung liegen die sozialen Aufwendungen der Schweiz, bezogen auf das Bruttoinlandprodukt (BIP), markant unter dem europäischen Durchschnitt.

Auch die von der Genfer Volkswirtschaftsdirektion veröffentlichten internationalen Vergleiche ergeben für die Schweiz eine bemerkenswert geringe Belastung: Die gesamten obligatorischen Abgaben (direkte und indirekte Steuern, Sozialabgaben) belaufen sich auf nicht einmal 34 Prozent des BIP, wobei ein Teil davon in den Pensionskassen kapitalisiert ist. Einzig die Vereinigten Staaten weisen eine geringere Rate auf, während etwa Deutschland bei 39 Prozent liegt.

Nach Angaben des Bundesamtes für Sozialversicherung machen die sogenannten «sozialen Lasten» – die Versicherungsprämien – 24 Prozent des BIP aus; darin eingeschlossen sind jedoch die hohen Kapitalzinsen sowie die Kapitaltransfers von einer Versicherung zur anderen. Zieht man diese beiden nicht als «Last» einzustufenden Posten ab, verringert sich die Belastungsrate auf 20 Prozent des BIP.

Daraus geht hervor, dass sich die Gesellschaft als Ganzes die soziale Sicherheit – genauer: die soziale Umverteilung – leisten kann, die jede und jeden einzelnen vor den Risiken des Lebens schützt. Von der reichen Schweiz darf deshalb mit gutem Recht ein proportional höherer Beitrag erwartet werden. ■

Leistungsfähigkeit ganz oder teilweise abgeht.

Private Hilfe diskreditiert

Ein dritter Grundirrtum besteht in der weitgehenden Entpersönlichung der Sozialhilfe, in ihrer Anonymisierung in Form einer eigentlichen Sprühregenpolitik. Sie nahm ihren Anfang, als irgendwann einmal die Vorstellung auftauchte, es sei entwürdigend, sich um Hilfe bemühen und um sie nachsuchen zu müssen. Damit wurde die private Hilfe durch Familie, Nachbarschaft, Freundeskreis sowie Hilfsorganisationen und Kirchen diskreditiert und verdrängt. Gleichzeitig wurde die staatliche Sozialhilfe möglichst breit gestreut und zum Rechtsanspruch erhoben. Der Preis, der bezahlt wird, um die «Entwürdigung» der Almosenempfänger zu vermeiden, ist aus heutiger Sicht schlicht zu hoch.

Ein vierter und vielleicht entscheidender Grundirrtum besteht schliesslich darin, dass von Beginn an die Kosten des Wohlfahrtsstaates verschleiert wurden, nicht zuletzt in der Absicht, dadurch leichter einen Konsens zu erreichen. Wer im grossen Umverteilungsspiel die Netto-Gewinner und wer die Netto-Zahler sind und vor allem, wieviel die Netto-Beträge ausmachen, ist gar nicht mehr eruierbar. Schliesslich wurde ja auch so ziemlich alles vorgekehrt, um das zu verhindern.

Effektive Kosten unklar

Das beginnt damit, dass ein grosser Teil der als Sozialhilfe verstandenen Umverteilung in Form von sogenannter Objekthilfe erfolgt, also durch Zuteilung billiger Wohnungen, durch den für alle gleichmässig verbilligten Zutritt zu Kultur, Bildung und Gesundheit, durch ermässigte Tarife usw. Es setzt sich fort in den Sozialversicherungen, die wegen ihrer sogenannten Solidaritätskomponente oft wenig mit einer Versicherung, dagegen sehr viel mit einer Giesskanne zu tun haben. Und es findet seinen Niederschlag ganz ausgeprägt in den Beiträgen der Arbeitgeber an die Sozialwerke. Dadurch weiss kein Arbeitnehmer, wieviel er wirklich verdient bzw. wieviel er den Arbeitgeber kostet, und er spürt nicht, wie teuer die soziale Sicherung insgesamt ist.

Diese Irrtümer basieren fast durchweg auf besten Absichten. Vielfach erscheint denn auch die Wahl des Weges, wenn man sie aus der jeweiligen Zeit heraus interpretiert, nicht nur verständlich, sondern sogar richtig. Aber es bleibt ein Faktum und wird zunehmend deutlicher erkennbar, dass der Wohlfahrtsstaat von heute finanzielle, vor allem aber soziale Defekte aufweist, die in seiner Grundkonzeption begründet liegen und nicht durch Perfektionierung behoben werden können. Und so sollte umgekehrt das historische Verständnis nicht davon abhalten, Liebgewordenes in Frage zu stellen.

Die soziale Frage ist zu wichtig, als dass man sie mit Tabus belegen dürfte. Im nachhinein ist man immer klüger, sagt der Volksmund. Das sollte man sich zunutze machen, um jetzt, da noch ein gewisser Handlungsspielraum besteht, die Sozialpolitik auf neue Geleise zu stellen, die den Geboten der Nachhaltigkeit, der Selbstverantwortung und der Hilfe für die Schwachen gleichermassen gerecht werden. ■

[1] Heinz Allenspach, der ehemalige Direktor des Zentralverbands schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen, vermengte etwa in einem Artikel Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherungen und wies mahnend darauf hin, dass die Sozialversicherung 1995 rund 115 Milliarden Franken ausgegeben hätten – obwohl das Bundesamt für Sozialversicherung die effektiven Ausgaben für 1994 auf 84 Milliarden Franken bezifferte. Ein 30-Milliarden-Franken-Irrtum also, der von der Presse und von Arbeitgeberkreisen bedenkenlos übernommen wird.